

Informationsblätter

El Salvadors gefeierter Diktator

Anfang 2024 ist Nayib Bukele zum zweiten Mal zum Präsidenten von El Salvador gewählt worden. Seine Beliebtheit im Volk ist unübersehbar. Dank seiner neuen Sicherheitspolitik können die Menschen wieder auf die Straßen gehen und müssen keine Angst mehr vor der übermäßigen Bandenkriminalität haben, die bis vor kurzem noch den Alltag vieler bestimmte. Allerdings ist eine direkte zweite Amtszeit verfassungswidrig. Bukele, wie auch der Großteil der salvadorianischen Bevölkerung, ignoriert diese Tatsache. Während Bukele derzeit den Höhepunkt seiner Popularität feiert, sehen viele Außenstehende die Situation in El Salvador mit wachsender Besorgnis, denn Bukeles Regierungsstil wird immer autoritärer. Amnesty International beschuldigt ihn der Verletzung zahlreicher Grundrechte. Um zu verstehen, wie es zu diesem widersprüchlichen Umstand kommen konnte, versucht dieses Infopapier einen groben Überblick über die aktuelle politische Situation in El Salvador zu verschaffen (Stand Juni 2024).

El Salvador seit den 1970er Jahren

Damit die aktuelle politische Situation in El Salvadors besser nachvollzogen werden kann, muss zunächst ein Blick in die jüngere Geschichte des Landes geworfen werden: Bereits in den 1970er Jahren war die politische Lage in El Salvador instabil und das Land hatte eine überproportional hohe Mordrate zu verzeichnen. Grund dafür waren autoritäre Regime und eine starke soziale Ungleichheit. Eine Zuspitzung der Lage mündete im salvadorianischen Bürgerkrieg, welcher von 1980 bis 1992 wütete und ca. 75.000 Menschen das Leben kostete. Zur Beendigung des Krieges haben maßgeblich die Vereinten Nationen und Vermittler der katholischen Kirche beigetragen. 1992 wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet, welcher u.a. die Entwaffnung der Guerilla-Gruppe FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) und ihre Anerkennung als Partei beinhaltete. Die FMLN stand im Bürgerkrieg den Truppen der ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) gegenüber, die die Militärregierung bildete. Zur weiteren Demokratisierung des Landes sollten eine Grundbesitz- und Justizreform sowie eine Reduzierung des Militärs beitragen.

Von 1992 bis 1995 prüfte die UN-Beobachtungsmission O-NUSAL die Umsetzung des Friedensvertrages. Anzumerken ist, dass 1993 das Parlament eine Generalamnesie für alle Täter*innen von Kriegsverbrechen vor 1992 erließ, obwohl gleichzeitig mehrere Ermittlungskommissionen, wie z.B. die "Comisión de la Verdad para El Salvador" (Wahrheitskommission für El Salvador), daran arbeiteten, ihre Erkenntnisse über die Kriegsverbrechen im salvadorianischen Bürgerkrieg zu veröffentlichen. Insgesamt wurden ca. 13.500 Fälle durch die Ermittlungskommissionen benannt, von schweren Kriegsverbrechen bis hin zu Menschenrechtsverletzungen. Zwar wurde 2016 die Generalamnesie von 1993 als verfassungswidrig er-



Wandgemälde des Friedensabkommens von Chapultepec im Nationalmuseum in San Salvador; auf dem Bild schütteln sich der Guerillaführer Schafik Handal, Anführer der FMLN, und der Präsident von El Salvador, Alfredo Cristiani, die Hände. Foto: Pablo-Marmol1999Sv - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=97381612>

klärt, doch verabschiedete man kurze Zeit später ein Versöhnungsgesetz, das Fristen für die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit festlegt. Amnesty International hält diesbezüglich fest, dass solche Taten schon von Natur aus nicht verjähren können. Es lässt sich also festhalten, dass die im Bürgerkrieg begangenen Kriegsverbrechen trotz der Bemühungen der Ermittlungskommissionen nie aufgearbeitet wurden. Auch die Fortschritte durch den Friedensvertrag wurden schnell vernichtet, da die ehemaligen Bürgerkriegsparteien nun ihre Konfrontation mit politischen Mitteln fortsetzten.

Im Laufe der nächsten Jahre kristallisierten sich weitere konfliktverschärfende Faktoren heraus, wie z. B. das Fehlen von natürlichen Ressourcen oder die geringe Konkurrenzfähigkeit salvadorianischer Unternehmen auf dem Weltmarkt. Auch vertiefte sich die Kluft zwischen reicher Oberschicht und der armen Bevölkerung, welche die Mehrheit im Land stellt, immer weiter. Besonders die jüngeren Generationen haben unter dieser Entwicklung zu leiden, da sich ihre Zukunftschancen drastisch verschlechterten. Schätzungen zufolge lebt heute in El Salvador ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Der Teufelskreis der Armut

El Salvador ist besonders für seine Bandenkriminalität bekannt. Zu den größten Banden im Land zählen die MS (Mara Salvatrucha) und die M18 (Mara Dieciocho). Die Ursachen für die Bandenkriminalität lassen sich teilweise auch auf den Bürgerkrieg zurückführen. Während des Bürgerkrieges flohen etwa eine Million Menschen aus El Salvador.¹ Zum Vergleich: Aktuell leben ca. 6,5 Millionen Menschen in El Salvador. Viele von den Flüchtlingen strandeten in den Armenvierteln im Westen der USA. Um sich vor lokalen Gangs zu schützen, schlossen sich vor allem Jugendliche bereits bestehenden Banden in den USA an. Eine der ältesten Banden ist die bereits benannte M18, welche ethnisch sehr gemischt war. Daraufhin bildete sich Anfang der 1980er Jahre die MS mit der Untergruppierung MS-13, um der M18 eine salvadorianisch dominierte Bande entgegenzustellen. Besonders die MS-13 entwickelte sich schnell zu einer der gefährlichsten Banden in Kalifornien. Aufgrund der rasant ansteigenden Kriminalitäts- und Gewaltrate verschärfte die USA ab 1996 ihre Abschiebepolitik und Migrationsgesetzgebung. Die USA schob tausende Bandenmitglieder nach El Salvador ab, die mit ihrer Ideologie und ihrem Wissen dort weitere Banden gründeten. Viele der aus den USA abgeschobenen Mara-Mitglieder, oftmals ehemalige Gefängnisinsassen, wurden in El Salvador mit Perspektivlosigkeit, fehlender Zugehörigkeit und Armut konfrontiert.

Die Gründe, weshalb sich Menschen, vor allem Jugendliche, in El Salvador den Banden anschließen, sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist, dass die Banden ihren Mitgliedern soziale Sicherheit und Schutz vor bereits bestehenden Gangs geben, um nicht hilflos gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt zu sein. El Salvador konnte lange Zeit die Sicherstellung von grundlegenden Zivil- und Menschenrechten seiner Bevölkerung nicht mehr gewährleisten, in einzelnen Orten kam es sogar komplett zum Verlust der staatlichen Kontrolle. Auch die vermehrte gesellschaftliche Ungleichheit verstärkte die Anreize, sich den Banden anzuschließen. Die Banden bieten den Jugendlichen emotionale Stützen, die sie anderswo nicht bekommen. Für viele sind die Banden ein Familienersatz, sie finden neben Schutz und Solidarität auch Zuneigung und ihre eigene Identität. Ihre Bandenzugehörigkeit stellt für viele auch ein Symbol der Auflehnung gegen die Marginalisierung und Diskriminierung, die sie in der Öffentlichkeit erfahren, dar. Außerdem geben einige von ihnen an, dass die autoritären Regeln ihnen eine klare Orientierung bieten. Die Banden sind nicht ausschließlich auf den Großraum der Hauptstadt San Salvador konzentriert. Sie sind über das gesamte Land verteilt und stellen keinesfalls nur ein Problem der Städte dar. Die Maras sind sehr territorial und verteidigen ihre Gebiete/ Stadtteile/ Dörfer etc. gegen rivalisierende Maras. Diese Kämpfe zwischen den Banden sind sehr brutal und fordern oftmals auch unbeteiligte Todesopfer.

Die Mitglieder der salvadorianischen Maras bedeuten mittlerweile ein Sicherheitsproblem für ganz Nord- und Zentralamerika. Viele Maras halten enge Kontakte zu mexikanischen Drogenkartellen, mit denen sie u.a. gemeinsame Schmuggelrouten betreiben im Austausch gegen Kampftraining. Die Maras agieren eher als Mittelsmänner und kümmern sich um den Schutz und Transport von Waren. Inzwischen treten sie aber auch zunehmend als Betreiber eigener Firmen/ Establishments auf, u.a. um Geldwäsche zu betreiben. Durch die Gewalt- und Tötungsdelikte der Banden kommt es nicht nur zu einer massiven Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung und der öffentlichen Ordnung, sondern auch zu einer Abschreckung ausländischer Investoren, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich ausgebremst wird.

Nayib Bukele

Um sich dem Problem der Bandenkriminalität anzunehmen, wurde 2019 Nayib Bukele mit 37 Jahren als bisher jüngster Präsident El Salvadors ins Amt gewählt. Bukele kommt aus einer wohlhabenden Familie und war vor seiner Zeit als Präsident bereits Bürgermeister von San Salvador, der Hauptstadt des Landes. Im Laufe seiner politischen Karriere gründete er seine eigene Partei „Nuevas Ideas“ (Neue Ideen), welche sich für bessere Lebensverhältnisse in El Salvador einsetzen sollte. Doch tatsächlich hat sich laut einer Studie aus dem Jahr 2022 die extreme Armut in El Salvador seit Bukeles Amtseintritt sogar verdoppelt.ⁱⁱ Genau dies kennzeichnet die wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes: Viele Menschen haben keine sozialen Aufstiegsmöglichkeiten und wandern deshalb in die USA aus. Schätzungen zur Folge stammt ca. ein Viertel des BIPs El Salvadors aus Rücküberweisungen von Familienangehörigen aus den USA.ⁱⁱⁱ

Allerdings hat Bukeles verstärkte Sicherheitspolitik in El Salvador Früchte getragen: So ist die Sicherheitslage in vielen Regionen verbessert und auch die Mordrate gesenkt worden. Die Maßnahmen diesbezüglich finden in der Öffentlichkeit viel Zustimmung, gerade weil große Teile der Bevölkerung jahrzehntelang unter der Willkür und Brutalität der Banden gelitten haben. Dafür hat die neue Sicherheitspolitik aber auch hohe Kosten. Kritiker*innen warnen davor, dass Bukele die Kriminalität in El Salvador als Vorwand nutzt, um den Rechtsstaat abzubauen. So wollte Bukele im Jahr 2020 internationale Kredite beantragen, um die Sicherheitslage im Land zu verbessern. Das Parlament lehnte eine Bewilligung seines Antrages ab. Daraufhin ließ Bukele am 9. Februar 2020 das Parlament durch das Militär besetzen. Der oberste Gerichtshof erklärte dieses Vorgehen für unzulässig, doch kam es zu keinen negativen Auswirkungen für Bukele.

Durch die ausbleibenden Folgen und die starke Zustimmung der Öffentlichkeit ermutigt, begann Bukele auch in anderen Sektoren einen vermehrt autoritären Führungsstil zu praktizieren: Zwischen 2020 und 2021 wurden 35 Journalist*innen und Aktivist*innen in El Salvador durch die Spionage-Software Pegasus ausgespäht.^{iv} APES (Asociacion de periodistas de El Salvador- Journalistenverband El Salvadors) legte einen Bericht über die Pressefreiheit 2021/ 2022 vor, und sprach hierbei von 147 Vergehen gegen die Pressefreiheit, in Form von bspw. digitaler Belästigung, diffamierenden Äußerungen gegen Journalist*innen, sowie Einschränkungen ihrer Arbeit und des Zugangs zu öffentlichen Informationen.^v Außerdem berichtete APES, dass zahlreiche Journalist*innen aus Angst vor Schikanen und willkürlichen Festnahmen während des Ausnahmezustands, welcher im folgenden Kapitel näher erläutert wird, aus dem Land geflohen seien. Der Bericht von APES für den Zeitraum 2022/ 2023 sprach dann schon von 222 Verstößen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und berichtete von 385 Fällen von Schikane gegen Journalist*innen und Medienunternehmen, beispielsweise indem Bukele diese über X (Twitter) persönlich angriff.^{vi} Journalist*innen und Redaktionen geraten immer mehr in den Fokus der Bukele-Regierung, wenn sie kritisch über diese berichten. So gab es bereits Vorfälle, bei denen die Regierung Bukeles Journalist*innen filmen ließ, die regierungskritische Fragen stellten, und diese Aufnahmen unzensuriert ins Internet stellte. In einem Land mit hoher Korruption, Kriminalität und Mordrate bedeutet dies ein beträchtliches Risiko für die Journalist*innen, wenn ihre Identität nicht geschützt wird. Eigentlich ist der Schutz der Bevölkerung eine der Kernaufgaben einer Regierung, wohingegen die Regierung Bukeles genau das Gegenteil macht.

Doch die Staatsmacht versucht die Bevölkerung in weiten Teilen über ihr Handeln in Unkenntnis zu lassen und verhindert aktiv Untersuchungen gegen regierungskonforme Beamt*innen. Regierungsbehörden wie beispielsweise das Ministerium für Nationale Verteidigung schränken den Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen für die Öffentlichkeit ein, ohne dass die dafür geltenden internationalen Standards erfüllt werden. Weiter wurde die Transparenz der politischen Prozesse dadurch reduziert, dass die Gesetzgebungsverfahren vom Parlament beschleunigt wurden und die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Diskussionen über neue Gesetze eingeschränkt wurde. Der Generalstaatsanwalt Raúl Melara ermittelte 2021 gegen sechs Regierungsbeamte wegen Verdachts auf Korruption und auffälliger Käufe im Kontext der Corona-Pandemie. Bevor Melara seine Ermittlungen zu Ende führen konnte, wurde er seines Amtes enthoben.^{vii} Im Januar 2022 führte die neue Generalstaatsanwaltschaft eine Razzia gegen weitere Staatsanwälte durch, welche Untersuchungen in Bezug auf Korruptionsvorwürfe und Verhandlungen von Beamt*innen mit Mara-Mitgliedern durchführten. Daraufhin flohen vier Staatsanwälte aus Angst vor Verfolgung aus dem Land. Kurze Zeit später stand in ei-



Soldaten im Parlament am 9.2.2020. Foto: La Prensa Gráfica - YouTube – View/save archived versions on archive.org and archive.today, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=137672578>

ner US-Bundesanklageschrift gegen Mitglieder der Maras, dass die Regierung Bukeles Bandenmitglieder aufgrund eines ausgehandelten Waffenstillstandes geschützt habe, indem sie die Auslieferung bestimmter Maramitglieder blockiert und einen Verurteilten vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen habe.

Der Ausnahmezustand

Im vorangegangenen Abschnitt war bereits die Rede von der neuen Sicherheitspolitik Bukeles, welche ihm viel Zuspruch in der Öffentlichkeit verschafft hat und als Kernpunkt seines Regierens gilt. Davor galt El Salvador lange Zeit als ein sehr unsicheres Land; 2015 wurde es als das gefährlichste Land der Welt außerhalb von Kriegsgebieten eingestuft.^{viii} Diese Gewaltspirale gipfelte im März 2022 in den gewalttätigsten Tagen seit dem Ende des Bürgerkrieges: Innerhalb von drei Tagen wurden 87 Menschen in El Salvador ermordet. Präsident Bukele reagierte, indem er am 27. März 2022 den Ausnahmezustand im Land ausrief, welcher bis heute aktiv ist. Diesen benannte Bukele als den Start seines „Krieg(s) gegen die Banden“. Der Ausnahmezustand soll laut Bukele so lange anhalten, bis alle Mitglieder der Maras verhaftet sind. Kritiker*innen zufolge ist der von Bukele ausgerufene Ausnahmezustand gar nicht rechtens. Der Ausnahmezustand ist für Krisen gedacht, wobei nach nationalen wie internationalen Standards eine hohe Kriminalitätsrate nicht als Krise zählt.^{ix} Außerdem darf ein Ausnahmezustand nur 60 Tage dauern. Mittlerweile wurde jener in El Salvador über 20mal verlängert. Durch den Ausnahmezustand werden Grundrechte, wie bspw. die Versammlungsfreiheit und das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, nicht gewährleistet. Außerdem wurden zahlreiche verfahrens- und strafrechtliche Gesetzesänderungen beschlossen, welche gegen das Völkerrecht verstoßen.^x Auch erhalten Polizei und Militär besondere Befugnisse, um hart gegen die Banden durchgreifen zu können, bspw. indem sie Menschen ohne Haftbefehl festnehmen können. Amnesty International beschuldigt die Polizei, Verhaftungen in Folge von Stereotypen oder auch Willkür vorzunehmen, aufgrund von anonymen Anschuldigungen, Tätowierungen oder Vorstrafen jeglicher Art. Besonders Salvadorianer*innen aus den Armenvierteln des Landes, die bereits jahrzehntelange unter der Bandengewalt gelitten haben, sind stark betroffen von Verhaftungen. Der Teufelskreis ihrer prekären Lebenssituation geht somit weiter. Auch Regierungskritiker*innen, kommunale Führungskräfte, sowie Menschenrechtsverteidiger*innen werden immer öfter verhaftet. Außerdem dürfen Minderjährige, ab 12 Jahren, verhaftet werden. Lokale wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen warnen davor, dass tausende der im Ausnahmezustand inhaftierten Menschen überhaupt keine erkennbare Verbindung zu den Banden haben.

Des Weiteren darf die Polizei Menschen ohne richterliche Überprüfung für 15 Tage festnehmen, vor dem Ausnahmezustand waren es nur drei Tage. Die Gründe für ihre Festnahme erfahren die meisten Inhaftierten lange Zeit nicht, sodass sie nicht mit einem fairen Prozess rechnen können. Richter*innen können die Beschuldigten, ohne dass Beweise vorliegen müssen, in Untersuchungshaft überstellen, die im Ausnahmezustand auf bis zu zwei Jahre verlängert wurde. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen prangern an, dass tausende Menschen unschuldig im Gefängnis sitzen. Diese Politik der Masseninhaftierung stellt eine systematische, massive und nachhaltige Verletzung der Menschenrechte der salvadorianischen Bevölkerung dar.

Die Haftanstalten in El Salvador haben mittlerweile ein kritisches Niveau der Überbelegung erreicht. Die Belegungsquote der Haftanstalten soll mehr als 300% betragen.^{xi} Nach aktuellen Zahlen wurden allein während des Ausnahmezustandes mehr als 65.000 Menschen inhaftiert.^{xii} Zum Vergleich: 2023 befanden sich in deutschen Gefängnissen ca. 45.000 Strafgefangene, wobei Deutschlands Bevölkerung mehr als das Zehnfache der Bevölkerung El Salvadors ausmacht.^{xiii} Insgesamt sind ca. 1,6% der salvadorianischen Bevölkerung in Haft, damit ist El Salvador aktuell das Land mit der höchsten Inhaftierungsquote weltweit. El Salvador hat sich also innerhalb von wenigen Jahren von dem Land mit der höchsten Mordrate zu dem Land mit der höchsten Gefängnispopulation pro 100.000 Einwohner*innen entwickelt.

Präsident Bukele ließ extra ein neues Gefängnis bauen, das Cecot (Centro de Confinamiento del Terrorismo- Gefangenenlager für Terrorismus), welches als Terrorismus-Abriegelungszentrum verstanden werden soll und auf 40.000 Insassen ausgelegt ist. Nach offiziellen Angaben sind 70% der Gefängnismitarbeiter*innen des Cecots Teil der Armee. Kritiker*innen sehen hier die Gefahr, dass das salvadorianische Militär einen Wandel von einer Einrichtung zum Schutz der nationalen Souveränität zu einer Kontrollinstanz der inneren Sicherheit vollzieht. Die BBC (British Broadcasting Corporation-Britische öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt) hat in einer Reportage über das Cecot Folgendes über die Zustände berichtet: Pro Zelle sind ca. 156 Insassen untergebracht, dort schlafen sie auf Metallhochbetten ohne Kissen, Decke oder Matratze. Außerdem haben die Zellen keine Klimaanlage



Das Cecot von oben. Von La Prensa Gráfica - YouTube – Archivierte Versionen ansehen/speichern auf archive.org und archive.today, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=136127110>

und keine Fenster. Die 156 Zelleninsassen müssen sich zwei Toiletten und zwei Waschstationen teilen.^{xiv} Ebenso besteht nicht die Möglichkeit, Zeit draußen zu verbringen. El Salvador missachtet somit die internationalen menschenrechtlichen Standards bei Inhaftierung.

Laut Amnesty International fehlt es auch Insass*innen anderer Gefängnisse an einer ausreichenden Versorgung mit Nahrung oder Wasser, darüber hinaus haben sie nur eingeschränkten Zugang zu sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung. Gleichzeitig soll es zu übermäßiger Gewaltanwendung durch das Wachpersonal kommen. Besondere Bedürfnisse weiblicher Häftlinge, wie bspw. der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt oder der Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten,

bleiben verwehrt. Amnesty International berichtet auch über zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlung in den Haftanstalten. Verschiedene Quellen gehen mittlerweile von ca. 218 Menschen aus, die in staatlichem Gewahrsam gestorben sind, aufgrund von Folter oder mangelnder medizinischer Versorgung.^{xv} Unzählige von ihnen waren bis zum Zeitpunkt ihres Todes noch nicht einmal verurteilt. Diese Todesfälle werden vom Staat nicht untersucht. Miguel Sarre, ein ehemaliges Mitglied des Subkomitees der Vereinten Nationen zur Prävention von Folter, warnte davor, dass das Cecot dafür genutzt würde, Menschen zu beseitigen ohne offiziell die Todesstrafe verhängen zu müssen.^{xvi} Die Behörden versuchen Menschenrechtsorganisationen und Journalist*innen im Dunkeln zu lassen, was die Haftbedingungen in salvadorianischen Gefängnissen betrifft. So wurde beispielsweise der Antrag der Interamerikanischen Menschenrechtskommission auf Zugang zu den Hafteinrichtungen, um eine unabhängige Bewertung der Haftbedingungen vorzunehmen, abgelehnt.

Die Präsidentschaftswahl 2024

Wie bereits zu Beginn dieses Textes erwähnt, ist es laut der salvadorianischen Verfassung nicht erlaubt, zwei direkt aufeinanderfolgende Amtszeiten als Präsident zu bekleiden. Um dieses Verbot zu umgehen, ließ sich Bukele für 6 Monate beurlauben. In dieser Zeit übernahm eine loyale Beamtin Bukeles, Claudia Rodríguez, formell das politische Tagesgeschäft. Beobachter*innen merken an, dass dadurch Bukeles Einfluss nicht beschnitten wurde. Tatsächlich erfreut er sich weiterhin großer Beliebtheit in der salvadorianischen Bevölkerung. Dieser Erfolg beruht zum Großteil darauf, dass El Salvador noch nie so sicher war wie jetzt und dafür ist die Bevölkerung sehr dankbar. Obgleich Bukele elementare Rechtsgrundlagen missachtet, stilisieren ihn große Teile der Bevölkerung sowie regierungskonforme Medien zum ‚Retter‘. Wohingegen die Opposition in El Salvador wenig Zustimmung besitzt und durch das harte Durchgreifen Bukeles teilweise eingeschüchtert ist. Bei Umfragen erreichte Bukele eine Zustimmung von 92% in der Bevölkerung.^{xvii} Mittlerweile haben sich seine Erfolge über die Landesgrenzen herumgesprochen und in ganz Lateinamerika wird er deshalb von vielen nicht als Diktator, sondern als Held angesehen. Zahlreiche wünschen sich das Vorgehen Bukeles auch in ihren Ländern, welche oftmals ebenfalls stark von Kriminalität und Brutalität geprägt sind. Im Februar 2024 wurde Bukele dann bei der Wahl zum Präsidenten mit mehr als 80% der Stimmen erneut gewählt.^{xviii} In seiner Siegesrede dankte er sich selbst für seine Leistungen, El Salvador in ein sicheres Land verwandelt zu haben, gleichzeitig attackierte er verbal diejenigen, welche seiner Regierung Menschenrechtsverletzungen vorwarfen.

Fazit

Die Bevölkerung El Salvadors befindet sich in einem Zwiespalt: Einerseits wollen und benötigen die Menschen mehr Sicherheit im Land, um überhaupt ein normales Leben führen zu können. Die Gewalt ist zuweilen so eskaliert, dass sich die Menschen nicht mehr auf die Straße getraut haben. Andererseits machen sie nun vermehrt die Erfahrung, dass bei einem übermäßigem Wegsperrern von Personen immer auch Unschuldige inhaftiert werden. Mittlerweile beklagen Unzählige die grundlose Inhaftierung von Familienmitgliedern. Außerdem hat es sich inzwischen abgezeichnet, dass Bukele nicht nur zum Schutz der Bevölkerung so hart durchgreift. Stück für Stück werden immer mehr Grundrechte beschnitten, wie bspw. die Pressefreiheit, und damit wächst Bukeles Einfluss. Amnesty International warnt davor, dass schrittweise die Bandengewalt in El Salvador durch staatliche Gewalt abgelöst wird.

Allerdings können diese repressiven Maßnahmen, mit denen die Bukele-Regierung versucht die Kriminalität in El Salvador in den Griff zu bekommen, nicht zu nachhaltigen Lösungen führen. Durch das immer brutalere Vorgehen gegen die Banden, bei der Polizei und Militär zur Anwendung ‚tödlicher Gewalt‘ autorisiert wurden, um die Bevölkerung zu schützen, kommt es zu einer Zuspitzung der Konflikte in El Salvador. Es kann keine einfachen Lösungen für ernsthafte, systematische Probleme geben. Um die Probleme, die wohlgermerkt mindestens seit den 1970er Jahren präsent sind, anzugehen, muss man tief an der Wurzel ansetzen und nicht blind jede*n wegsperren, der/ die dubios aussieht. Besonders für die Jugendlichen müssen Perspektiven und Anreize geschaffen werden und der Staat muss ihre Sicherheit gewährleisten, sodass sie nicht mehr auf den Schutz der Banden angewiesen sind. Es bleibt zu hoffen, dass die Bevölkerung früh genug erkennt, wie verfassungswidrig Bukele handelt und wie gefährlich dies für das Land ist. Zwar ist sein umstrittenes Handeln einer Großzahl der salvadorianischen Bevölkerung bereits bekannt, aber eingeschränkt wurde Bukele in ebenjenem bisher nicht. Genau deshalb benannte sich Bukele selber als den coolsten Diktator der Welt und wurde dafür von seinen Anhänger*innen gefeiert. Umso wichtiger ist es, dass Menschenrechtsorganisationen mehr Aufmerksamkeit auf die Geschehnisse in El Salvador lenken und somit internationalen Druck auf Bukele aufbauen. Bei größerer internationaler Aufmerksamkeit könnte es dazu kommen, dass beispielsweise die EU oder die UN internationale Sanktionen gegen die Bukele Regierung verhängen, um deutlich zu zeigen, dass Bukeles Handlungen nicht folgenlos bleiben. Außerdem müssen gesamtgesellschaftliche Perspektiven geschaffen werden, damit El Salvador die Chance hat, seine über Jahrzehnte immer weiter verstärkte soziale Ungleichheit wieder abzubauen und nicht in die vollständige Abhängigkeit eines einzigen Menschen, ob Nayib Bukele oder einer anderen Person, zu verfallen.

Antonia Röper studiert Politikwissenschaften an der Universität Bremen. Sie absolvierte von Mai bis Juni 2024 ein Praktikum beim BSV, in dessen Rahmen dieses Infopapier entstanden ist.

Stand: Juni 2024

ⁱ<https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/330977/el-salvador/>

ⁱⁱ<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/el-salvador-bukele-102.html>

ⁱⁱⁱ<https://www.dw.com/de/el-salvadors-bitcoin-praesident-nayib-bukele-wiedergewaehlt/a-68152535>

^{iv}<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/el-salvador-2023>

^v<https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/el-salvador>

^{vi}<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/el-salvador-2023>

^{vii}<https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/el-salvador>

^{viii}<https://www.tagesspiegel.de/internationales/ausnahmezustand-in-el-salvador-der-kampf-gegen-gangs-gefahrdet-die-demokratie-9530210.html>

^{ix}<https://www.tagesspiegel.de/internationales/ausnahmezustand-in-el-salvador-der-kampf-gegen-gangs-gefahrdet-die-demokratie-9530210.html>

^x<https://www.amnesty.de/allgemein/termine/el-salvador-menschenrechte-im-ausnahmezustand-0>

^{xi}<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/el-salvador-2023>

^{xii}<https://www.tagesspiegel.de/internationales/ausnahmezustand-in-el-salvador-der-kampf-gegen-gangs-gefahrdet-die-demokratie-9530210.html>

^{xiii}<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/225/umfrage/gefangene-und-verwaehrte-seit-dem-jahr-2000/>

^{xiv}<https://www.bbc.co.uk/news/resources/idt-81749d7c-d0a0-48d0-bb11-eaab6f1e6556>

^{xv}<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/el-salvador-bukele-102.html>

^{xvi}<https://www.bbc.com/news/world-latin-america-68244963>

^{xvii}<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nayib-bukele-el-salvador-praesident-100.html>

^{xviii}<https://www.dw.com/de/pr%C3%A4sident-bukele-erkl%C3%A4rt-sich-zum-wahlsieger-in-el-salvador/a-68171709>



Bukele bei der Ausrufung des „Kriegs gegen Korruption“ 2023. Foto: La Prensa Gráfica, CC BY 3.0 , <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>, via Wikimedia Commons